

Daniela Dahn, Bürgerrechtlerin

Für die Sieger ist das Schönste an der Revolution, dass sie nichts revolutioniert hat. Ein Gespräch

Sie haben einmal eines Ihrer Bücher »Vom Unbehagen in der Einheit« unvertitelt. Das war 1996. Inzwischen ist die Wende und was aus ihr folgte 25 Jahre her. Ist das Unbehagen geblieben?

Das von den Praktiken des Beitritts ausgelöste Unbehagen ist inzwischen überlagert von den Sorgen um den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft. Der hat zwar für viele eine Normalisierung ihrer Lebensbedingungen gebracht – man reist, kauft, wohnt besser. Gerade viele junge Leute studieren und praktizieren in der ganzen Welt, das ist ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Wer nicht zu den eindeutigen Verlierern gehört, der hat seinen individuellen Spielraum vergrößern können. Aber in einem Gesamtgefüge, das auf der Kippe steht. Der Ost-West-Konflikt wird zunehmend vom Nord-Süd-Konflikt verdrängt. Ein dumpfer Populismus greift um sich, der innere und vor allem äußere Frieden ist gefährdet, wie seit einer Generation nicht mehr.

Die Deutsche Einheit an sich sei noch kein Glück, sondern nur eine Voraussetzung dafür. Sie zitierten damals Günter Gaus. 1989 haben Sie den Demokratischen Aufbruch mitgegründet. War es kein Aufbruch zum Glück?

Das fragen Sie als Chefredakteur einer Zeitung, die in den letzten 25 Jahren viel über Ungerechtigkeit, staatliche Misswirtschaft durch die Treuhänder, auch Unglück geschrieben hat? Der demokratische Aufbruch war eine enorm intensive, politisch vielleicht glückliche Zeit. Die einzige, in der ich das Gefühl hatte, nicht Objekt, sondern Subjekt der Geschichte zu sein. Was wohl auch eine Täuschung war. Aber diese Erfahrung möchte ich nicht missen: Wir forderten die Legalisierung der Bürgerbewegungen – schon saßen sie am Runden Tisch. Wir forderten die erste unabhängige Untersuchungskommission – wenig später tagte sie. In dieser Kommission verlangten wir die Absetzung des Polizeipräsidenten von Ostberlin, schon war er abgesetzt.

Dachten Sie, das würde so weiter gehen?

Dieser Herbst hatte einen ungeheuren Demokratisierungsschub hervorgerufen. Und der drohte auf den Westen überzugreifen. Die SPD schlug einen Runden Tisch auch für Bonn vor. Studenten der Uni Tübingen griffen die Kirche wegen ihres obrigkeitshörigen Verhaltens an und forderten eine grundlegende Kritik am Kapitalismus. Und westdeutsche Intellektuelle, die heute alle nicht mehr leben, darunter Robert Junk, Helmut Gollwitzer, Margarethe Mitscherlich, Ossip Flechtheim, warnten, dass Kohls Zehn-Punkte-Plan nicht nur die ostdeutschen Bemühungen um Selbstbestimmung beenden würde, sondern auch für das reformerische Bemühen der westdeutschen sozialen Bewegungen ein schwerer Rückschlag wäre. Bald hieß eins meiner Bücher: »Demokratischer Abbruch«.

Sozialer, demokratischer, ökologischer – das waren die Imperative der meisten Bürgerrechtler 1989. Auch innerhalb der SED war die Opposition daran orientiert. Allein: spätestens im November kippte die Stimmung Richtung Einheit und D-Mark. War das zwangsläufig?

Nur dreizehn Tage nach dem Mauerfall wurde auf einer Sitzung des Zentralbankrates ein Konzept für die Einführung der D-Mark in der DDR vorgelegt. Das war der Plan zum Aufbau der Revolution. Doch obwohl die meisten DDR-Bürger inzwischen mit Begrüßungsgeld in westlichen Konsumtempeln waren, wollten Ende November 1989 immer noch 86 Prozent den Weg eines reformierten Sozialismus gehen. Meinungsforscher haben den Umbruch analysiert, das Buch darüber ist im Links Verlag erschienen. Danach kippte die Stimmung, als immer neue Enthüllungen über Amtsmissbrauch und den Zustand der Wirtschaft durch die Medien gingen.

Also durch Aufklärung?

Ja, aber es war auch viel Boulevard dabei, etwa die groß aufgemachte



Daniela Dahn, Jahrgang 1949, ist Schriftstellerin und Journalistin. Sie hat in der DDR als Fernsehjournalistin gearbeitet – bis sie 1981 kündigte. Im Herbst 1989 war Dahn Gründungsmitglied des »Demokratischen Aufbruchs«, zog sich aus der Gruppe aber später zurück. Seither gehört sie zu den großen, kritischen Stimmen der deutschen Publizistik. Sie ist unter anderem Mitglied im PEN und Vizevorsitzende des Willy-Brandt-Kreises. Mit ihr sprach Tom Strohschneider.

Meldung, die tyrannischen Greise im Politbüro hätten ihren Untertanen bei lebendigem Leibe Herz und Nieren entrissen, um für sich Organbanken anzulegen. Auch Teltschiks Behauptung über die Zahlungsunfähigkeit der DDR in wenigen Tagen war Aufmacher jeder Zeitung. Selbst der Bundesverband Deutscher Banken sprach von durchsichtigen Bankrottgerüchten. Aber es war nicht die Zeit für Dementis. Zu der allgemeinen Verunsicherung hatte auch die elende Geheimhaltungspraxis der SED geführt, keiner kannte Zahlen. Das verheerende Schürer-Papier hatte, angeblich um Krenz zum Aufwachen zu bewegen, die hohen Devisenguthaben der DDR im Ausland in den Bilanzen unterschlagen. So wurde die Verschuldung mehr als doppelt so hoch ausgewiesen, als sie tatsächlich war. Mit diesem Papier reiste der hierin ahnungslose Krenz sogar zu dem entsetzten Gorbatschow.

Die Mischung aus echten Enthüllungen und Desinformationen trug dazu bei, dass die Leute die Faxen satt hatten. Sie ließen Hammer und Sichel fallen, die Gärten sollten nun andere zum Blühen bringen.

Was waren die Fehler der Bürgerrechtsbewegung?

Im Gegensatz zu den Banken hatten die Bürger keine alternativen Konzepte parat. Insbesondere nicht für eine neue, am Gemeinwohl orientierte Wirtschaft. Das habe ich im Demokratischen Aufbruch schmerzlich erlebt. Das war der größte Mangel. Aber kann man daraus einen Vorwurf machen? Alles kam unerwartet und ging viel zu schnell. In Betrieben wurden in größter Eile neue Grundlagen debattiert. Die Böhlener Plattform wollte der Vergesellschaftung durch Selbstverwaltung der Arbeitenden erstmals eine reale Basis geben.

Genossenschaften und Privateigentum sollten sich auf der Grundlage eigener Arbeit frei entfalten können...

Da hörten doch die Machthaber schon nicht mehr zu...

Eben, erst recht nicht, wenn Bündnis 90 ans Eingemachte ging und einen Volksentscheid über den Erhalt des Volkseigentums forderte. Das hätte Ende 1989 noch Chancen gehabt. Bärbel Bohley wollte sogar die Art der Vereinigung nicht der Volkskammer überlassen, sondern auch das Volk entscheiden lassen. Das wurde nur noch belächelt. Es wurde nicht mehr ins Offene gedacht. Der Bürgerbewegung sind Illusionen vorgeworfen worden. Das ist üblich, wenn jemand revolutionäre Ansätze hat.

Wenn die Bürgerbewegungen eigentlich alles richtig gemacht hat, woher kamen dann die Fehler?

Die eigentlichen Fehler sind von den Wendehälsen in der Volkskammer gemacht worden. Sie waren zwar frei gewählt, aber oft auch frei von Sachkenntnis, wie ich am Beispiel ihrer Reden zum Vermögensgesetz dokumentiert habe. Frei von Parteiinteressen und Vorgaben ihrer westlichen Berater waren sie jedenfalls nicht. Falsch war die Nichtbehandlung des Verfassungsentwurfs des Runden Tisches, stattdessen der Beitritt mit einem Einigungsvertrag, den die Abgeordneten weder ausreichend diskutieren noch verändern konnten. Dann das Rückgabedogma, Privatisierung, Restauration.

Für die Sieger ist das Schönste an der friedlichen Revolution, dass sie nichts revolutioniert hat. Der Osten ist vollkommen in die bestehenden, westlichen Verhältnisse überführt worden. Eine Annexion auf Wunsch der Annektierten.

In den vergangenen Wochen ist die Geschichte der DDR und der Rückblick auf die Wende von 1989 Gegenstand politischer Debatten, auch von Feierlichkeiten gewesen. Wie haben Sie den Herbst 2014 erlebt? Ich grusele mich vor diesen Jahrestagen mit ihren meist versimpelten Bilanzen. In diesem Jahr kam die Hysterie um den ersten linken Ministerpräsidenten hinzu. Als wäre, um noch mal Günter Gaus zu zitieren, der irrationale, totalitäre Antikommunismus der großen Mehrheit in Westdeutschland wieder auferstanden. Und dann noch die neue Russophobie, die den Anteil des Westens beim Kampf um den Einfluss in der Ukraine weitgehend ausgeblendet hat.

Ist es nicht so, dass eine »gerechte Erinnerung« praktisch ausgeschlossen ist, weil es Sieger-Blicke gibt – und der Rückblick auf das je eigene Erleben sich immer den »großen Bildern« entziehen muss?

Geschichtsschreibung ist nach Napoleon bekanntlich die Summe der Lügen, auf die sich die Mehrheit einigt. Eine »gerechte Erinnerung« können demnach meist nur Minderheiten leisten, couragierte Einzelne, Eltern, Lehrer, Aktivbürger aller Art, möglichst auch Autoren.

Ich habe mich zwanzig Jahre lang schreibend um eine differenzierende Sicht bemüht. Mit dem Buch »Wehe dem Sieger« habe ich dieses Kapitel für mich abgeschlossen. Mit mäßigem Erfolg. Wenn ich mich heute mit Schülern unterhalte – egal, ob in Westberlin oder den USA –, dann können sie zwischen Nazi- und DDR-Zeit eigentlich nicht unterscheiden. Dass es trotz aller Verfehlungen selbst in diesem pseudosozialistischen Modell emanzipatorische Ansätze gab, liegt für sie jenseits aller Vorstellungskraft. Was wohl auch der Zweck des »Sieger-Blickes« ist.

Was könnten wir heute aus dem Geschehen der Wende noch lernen?

Es empfiehlt sich, über Gegenmodelle nachzudenken, solange dazu noch die Zeit ist. Mindestens so wichtig ist die leidige Durchsetzbarkeit. Volkssouveränität hat es bisher nirgends gegeben. Dauerhaft ist die Macht nie vom Volk ausgegangen. Die Frage der Repräsentation ist ungelöst. Nicht zufällig wettet die AfD nun gegen gebundene Mandate, wie sie in revolutionären Zeiten üblich sind. Alle Konservativen preisen das sogenannte freie Mandat, mit dem Abgeordnete letztlich frei sind, ihre Partei- und Privatinteressen zu vertreten. Die Fiktion, vier- oder fünfhundert Abgeordnete würden stellvertretend für die ganze Gesellschaft schon das Beste fürs Gemeinwohl herausholen, hat nicht erst die letzte Volkskammer widerlegt.

Müsste die gesellschaftliche Linke das »gute« politische Erbe der Wende stärker annehmen?

Ich hätte nichts dagegen. Man sollte stärker über Rätestrukturen nachdenken, also gebundene Mandate, wie sie auch an den Runden Tischen praktiziert wurden. Selbstgleichschaltung in den Medien ist verhängnisvoll. Ich habe 1989 am Entwurf eines Pressegesetzes mitgearbeitet, mit einer innerredaktionellen Demokratie, auf die man heute noch Grund hätte, neidisch zu sein. Ebenso an einem Polizeigesetz, mit Kompetenzen der Bürger, die heute undenkbar sind. Die Eroberung der Gesetz- und Verfassungsgebung gehört zum Kern in der modernen Demokratie. Das wirft natürlich die Frage auf, wie das Volk als Gesetzgeber beschaffen sein muss. Nämlich kompetent. Also lernen, lernen und nochmals lernen. Andere haben Verheißungsvolleres zu bieten – ich weiß.



Wolfgang Fritz Haug, Philosoph

Über die »Wende« ist viel geschrieben worden. Vor allem aus dem Rückblick, in dem die Geschichte immer schon als vollendete erscheint. Ganz anders: Wolfgang Fritz Haugs »Versuch beim täglichen Verlieren des Bodens unter den Füßen neuen Grund zu gewinnen«. Sein »Perestroika-Journal« hatte der marxistische Philosoph und Verleger aus dem Westen als skizzenhaften Nachläufer einer Studie über das politische Denken Michail Gorbatschows angelegt, die im Frühjahr 1989 fertig geworden war. Nun wollte Haug, der die Zeitschrift »Das Argument« mitbegründete, »den realen Prozess« verfolgen: Es wurde ein Tagebuch nicht zuletzt der Ereignisse in der DDR über die Jahreswende 1989/1990 hinaus. Haug, 1936 in Esslingen geboren, blieb nicht nur Beobachter. Der Philosoph nahm an der einen oder anderen Bürgerversammlung teil, schaute sich via Medien den Runden Tisch an und – das macht das besondere am »Perestroika-Journal« aus – schnitt die rasende Realität immer mit politisch-ökonomischen Überlegungen und philosophischen Kurzbetrachtungen aus westlicher Sicht gegen. Die Vorgänge im Osten werden dabei auch zur Messlatte für den real existierenden Kapitalismus im Westen. Eintrag vom 28. November 1989: »Die demokratische Revolution in der DDR feiernd, vergessen unsere Meinungsherren nicht, auf das Mitspracheverlangen der sogenannten gesellschaftlichen Kräfte: der Gewerkschaften, der Kirchen ...« im eignen Land einzudreschen. Die FAZ erklärt ihnen ihre »Unzuständigkeit«, wie die alte SED bis vor kurzem den entsprechenden Kräften.« Der 28. November war übrigens jener Tag, an dem der »Aufruf für unser Land« für eine eigenständige Alternative in der DDR veröffentlicht wurde – am selben Tag stellte Helmut Kohl in Bonn seinen Zehn-Punkte-Plan vor. Haug in seinem Tagebuch: »Auf der Leipziger Montagsdemo gingen die Emotionen ins Nationalistische, gefährlich auch für alle oppositionellen neuen Gruppen.« tos